

Bern

Beziehung zu Muslimen ist kompliziert

Der Kanton Bern und der Islam Die Berner Behörden wollen mit den muslimischen Gemeinschaften ein engeres Verhältnis pflegen. Dazu haben die Muslime konkretere Ideen als der Kanton.

Quentin Schlapbach

Wenn im Kanton Bern 25 Personen gemeinsam in einem Raum sind, ist die Chance gross, dass eine davon eine Muslimin oder ein Muslim ist. Rund vier Prozent beträgt der Anteil der Muslime in der Berner Bevölkerung. Genauere Zahlen gibt es nicht, weil die religiöse Zugehörigkeit bei den Gemeinden nicht erfasst wird. Gemäss nationalen Statistiken gehört der Islam aber zu den wenigen Konfessionen in der Schweiz, die in den letzten Jahren leicht wachsen konnten.

Wie bei den Christen spielt der Glaube auch bei den Muslimen meist eine sehr unterschiedlich grosse Rolle im Leben. Manche zelebrieren ihn bloss bei grossen Festen, andere wiederum gehen regelmässig in eine Moschee.

Genau mit diesen praktizierenden Musliminnen und Muslimen wollen die Berner Behörden künftig engere Kontakte pflegen. Es ist eines der erklärten Ziele von Regierungsrätin Evi Allemann, dass der Kanton Bern auch zu religiösen Gemeinschaften ausserhalb der beiden Landeskirchen bessere Beziehungen aufbaut.

Zu diesem Zweck führte Allemanns Direktion des Innern Ende Oktober eine digitale Religionskarte ein. Vermerkt sind dort 640 religiöse Standorte aus über 20 verschiedenen Traditionen. Die Karte soll die religiöse Vielfalt im Kanton besser sichtbar machen und den Aufbau von Beziehungen zu privat organisierten Religionsgemeinschaften erleichtern.

Wie in jeder Beziehung – ob amourös, freundschaftlich oder professionell – spielt die gegenseitige Erwartungshaltung dabei eine entscheidende Rolle. Und genau hier tun sich die Berner Behörden noch etwas schwer, ein klares Ziel zu formulieren, wie sie mit der wachsenden muslimischen Gemeinschaft im Kanton umgehen, respektive sie unterstützen wollen. «Regelmässige Treffen», «besser kennen lernen», «längerfristige Beziehungen pflegen» – viel konkreter wird die Direktion für Inneres nicht. Die ersten Kontakte habe man aber «sehr angenehm und offen» erlebt, heisst es auf Anfrage.

Eine der grossen Herausforderungen wird es sein, wie die Behörden mit den unterschiedlichen Gruppierungen und Strömungen im Islam umgehen wollen. Die muslimischen Gemeinschaften im Kanton Bern sind unterteilt in viele kleine Gruppierungen. Es gibt zwar zwischen den einzelnen Moscheen Verbindungen und auch übergeordnete Verbände. Aber diese repräsentieren jeweils nur einen gewissen Teil der Musliminnen und Muslime.

Kurse für Schweizer Imame

In der Regel sind Moscheevereine nach wie vor recht lose und zweckmässig organisiert. Ihr Hauptziel ist es, den Mitgliedern einen Gottesdienst anzubieten respektive eine Seelsorge. Gerade kleinere Vereine tun sich manchmal sogar schwer damit, genügend Geld für einen Imam aufzubringen. «Die finanziellen



Die Moschee im Haus der Religionen ist eine von 18 muslimischen Gemeinschaften im Kanton Bern, die in der neuen Religionskarte eingetragen sind. Foto: Adrian Moser

Möglichkeiten sind in der Regel sehr bescheiden», sagt Hansjörg Schmid. «Die meisten Gemeinschaften finanzieren sich allein durch Mitgliederbeiträge.»

Schmid ist Professor und Direktor des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG) an der Universität Freiburg. Hier können in der Schweiz tätige Imame Weiterbildungskurse besuchen, die sie mit den kulturellen Gegebenheiten hierzulande besser vertraut machen und in denen sie auch an theologischen Fragen im hiesigen Kontext arbeiten können.

Die bisherigen Erfahrungen, die gemacht wurden, seien fast durchwegs positiv, sagt Schmid. «Die Vereine wünschen von sich aus, dass ihre Imame sich weiter qualifizieren können und mit der Gesellschaft vertraut werden», so Schmid. Denn es ist nach wie vor so, dass die Imame im Ausland ausgebildet und meist auch dort aufgewachsen sind.

Das Weiterbildungsprogramm an der Uni Freiburg richtet sich an alle rund 130 in der Schweiz praktizierenden Imame. Mitfinanziert wird es massgeblich



Evi Allemann will, dass der Kanton zu religiösen Gemeinschaften ausserhalb der Landeskirchen Beziehungen aufbaut. Foto: Beat Mathys

«Das hat bisher noch kein westeuropäisches Land geschafft.»

Hansjörg Schmid
Professor und Direktor des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG) an der Universität Freiburg

vom Kanton Zürich, der seine Beziehungsoffensive zur islamischen Gemeinschaft bereits etwas früher gestartet hat als der Kanton Bern.

Auch die Zürcher Behörden gehen das Ganze recht niederschwellig an und konzentrieren sich auf gemeinsame Projekte, für die es ein klares Qualitätsmonitoring gibt. Das kann in der Jugendarbeit sein oder auch im Bereich Seelsorge. Gemäss Schmid ist das sinnvoller, anstatt von Anfang an die grossen Fragen in Angriff zu nehmen, wie etwa die Grundausbildung von Imamen oder eine öffentlich-rechtliche Finanzierung analog der Landeskirchen. «Das hat bisher noch kein westeuropäisches Land geschafft», so Schmid.

Muslimen sind offen für Projekte

Wichtiger als finanzielle Beiträge ist für muslimische Gemeinschaften ohnehin die gesellschaftliche Anerkennung. «Gerade jüngere Musliminnen und Muslime wollen mehr wahrgenommen werden», so Schmid. Sie wollen zeigen, was sie bereits heute alles für das Allgemeinwohl leisten. Diese Generation sei es auch, die mit den politischen Abläufen in der Schweiz besser vertraut sei und sich entsprechend organisieren könne.

Vor gut einem Jahr wurde etwa der Islamische Kantonalverband Bern (IKB) gegründet. Ziel des Verbands ist es, die Interessen der verschiedenen islamischen Organisationen zu bündeln und diese gemeinsam wahrzunehmen. Lulzim Imeri ist Präsident des IKB. «Wir sind daran interessiert, an der Gesellschaft teilzuhaben, und begrüssen es, mit den Behörden in Zukunft durch inklusive Projekte unseren Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben zu verstärken», sagt er.

Auch er hat die ersten Kontakte mit den Berner Behörden offen und konstruktiv wahrgenommen. «Wir sind bestrebt, die Beziehung aufrechtzuerhalten und weiter zu vertiefen», so Imeri. In Angeboten, wie etwa dem Weiterbildungskurs am SZIG, sehe man bereits einen klaren Mehrwert. Weiter sei man an gemeinsamen Projekten, etwa im Bereich der Seelsorge, interessiert. «Die Unterstützung solcher Projekte würden wir begrüssen», so Imeri. Eine öffentlich-rechtliche Finanzierung – wie bei den beiden Landeskirchen – habe aber für den IKB keine Priorität.

Ball liegt nun bei den Behörden

Vorstellen könnte sich ein solches Finanzierungsmodell hingegen Mustafa Memeti, Imam und Leiter des Muslimischen Vereins Bern. «Selbstverständlich sind wir offen für eine öffentliche Finanzierung, so wie wir es grundsätzlich für jede transparente und offene Finanzierung sind», sagt er.

Sein Verein gehört zu den progressivsten islamischen Strömungen in der Schweiz. Memeti würde es auch begrüssen, wenn eines Tages an Schweizer Universitäten Imame ausgebildet werden könnten. «Selbstverständlich ist das für uns ein langfristiges Ziel.» Momentan gebe es dafür aber noch zu viele Hürden, so Memetis Einschätzung.

Auch er hat die Kontakte mit Allemanns Direktion als «sehr entgegenkommend» wahrgenommen. «Wir hoffen, dass wir auch in Zukunft solche konstruktive Gespräche mit dem Kanton führen werden.»

Nun liegt es vor allem an den Berner Behörden, klarer zu kommunizieren, was für eine Beziehungsförderung sie sich für die Zukunft wünschen.

Die Stadt Bern fällt eine 170-jährige Linde

Kleine Schanze In Bern werden in den nächsten Wochen 179 kranke Park- und Strassenbäume gefällt, darunter auch eine der grossen Linden auf der Kleinen Schanze. Der Baum ist etwa 170 Jahre alt. Die Sommerlinde steht auf dem sogenannten Känzeli und hat in den letzten zehn Jahren viele grosse Äste verloren, wie die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün gestern mitteilte. Die Linde ist auf der einen Seite kahl und stirbt unaufhaltsam ab. Laut den Experten sind die Wurzeln soweit zersetzt, dass die Standsicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Die Linde soll durch einen jungen Baum ersetzt werden. Nicht mehr zu retten sind auch fünf Platanen am Muristalden. Die Bäume wurden mit einem Schalltomographen überprüft. Dabei zeigte sich, dass die Restwandstärke der Stämme zu gering ist. Die am stadtseitigen Trottoir stehende Baumreihe wurde 1783 im Rahmen der Erneuerung des Muristaldens gepflanzt. (cch/pd)

Christoffelturm feiert virtuelle Auferstehung

Kulturerbe Der längst verschwundene Christoffelturm in Bern erwacht zu neuem Leben. Möglich macht das die Berner Fachhochschule. Sie hat eine App entwickelt, die verschwundenes Kulturerbe aus vergangenen Zeiten virtuell erleben lässt. Die App «Erleb-AR» versetzt einen mit sogenannter «Augmented Reality» in die Vergangenheit und lässt einstige Bauwerke interaktiv und aus verschiedenen Perspektiven aufscheinen. Zurzeit kann die App an drei Standorten genutzt werden, wie der Kanton Bern gestern mitteilte: Der Christoffelturm lässt sich in Bern beim Baldachin am Bahnhofplatz auskundschaften, in Avenches VD erscheinen die Ruinen des Amphitheaters in alter Pracht und in Augst BL sind Spaziergänge zwischen mächtigen Tempelsäulen möglich. Der Christoffelturm wurde 1864 nach einer Abstimmung abgerissen. (cch/pd)

«Journal du Jura» wegen falschem Leserbrief kritisiert

Biel Der Presserat klopft der Zeitung «Journal du Jura» wegen einem gefälschten Leserbrief auf die Finger. Eine Woche vor der Abstimmung über die Burkaverbots-Initiative rückten die Co-Chefredaktoren den Leserbrief eines gewissen Mustafa Kemal Atatürk ins Blatt, in welchem dieser Atatürk für die Burkaverbots-Initiative Stellung nahm. Erst drei Wochen nach der Publikation legten die Zeitungsverantwortlichen offen, dass es sich bei dem vermeintlichen Leserbrief unter dem Titel «Kopftuchtragen – eine Frage der Zivilisation» um ein Zitat von Atatürk, dem Gründer der türkischen Republik handelt. Die Beschwerde bemängelte, dass die Leserschaft nicht erkennen konnte, ob es sich um einen echten oder falschen Leserbrief handelte. Zudem hätten die Chefredaktoren die Rubrik «Leserbriefe» missbraucht. (sda)